

und verlieh ihr einen durchschlagenden Charakter. In diesen artikulierte sich die »Wirtschaftsverfassung als »reine« Marktverfassung« und manifestierte schließlich die »Aufkündigung des gemeineuropäischen Verfassungskompromisses« (Joerges 2012, 364) zwischen suprastaatlicher Wirtschafts- und mitgliedstaatlicher Sozialverfassung. Durch die Rechtsprechung des EuGH sei das europäische Vertragsrecht letztlich zu einem »Immunsystem der Marktwirtschaft« (Brunkhorst 2014b, 510) avanciert. Im Zuge dieser Entwicklungen habe sich schließlich auch eine Reorientierung vom Ordo zum Neoliberalismus vollzogen (vgl. Brunkhorst 2014b, 401), die sich im Maastrichter Vertrag darin niederschläge, dass die Wirtschaftsverfassung an entscheidender Stelle um Elemente einer monetär-dominierten Fiskal- und Währungsverfassung ergänzt worden sei, in deren Zentrum die unabhängige Zentralbank und das vorrangige Ziel der Preisstabilität stehe (vgl. Brunnermeier, James & Landau 2018, 121; Glöckler 2015, Rn. 15). Verstärkt wird diese monetäre Dominanz durch die restriktiven Vorgaben im Rahmen der fiskalpolitischen Verfassungskomponente. Das 1992 mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene »Euro-Regime«, beschrieben als eine »hochspezialisierte, geldpolitisch vereinseitigte, technische Regierung aus Bankern und Richtern, deren Gesetzgebung noch im Augenblick der Entscheidung [...] mit zumeist irreversiblen und weitreichenden Folgen exekutiert wird« ist »zusammen mit dem immer schon hegemonialen Wettbewerbsrecht und der Priorität des Privateigentums zur fast unabänderlichen, nur durch einstimmigen Beschluss aller Gliedstaaten wandelbaren, substantiellen Verfassung Europas geworden [...].« (Brunkhorst 2017, 59) Diese, um monetaristische fiskal- und währungspolitische Prämissen ergänzte ordo-/neoliberale »Wirtschaftsverfassung ist bis heute die hegemoniale Verfassung Europas geblieben.« (Brunkhorst 2014a, 68) Die Arbeits- und Sozialverfassung als Komplementär im Sinne der Vorstellung eines »europäischen Sozialmodells«, das auf Dauer die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsmodelle ablöse, sei hingegen »niemals mehr als eine blasse Utopie« (Joerges 2012, 364) gewesen.

### 4.3 Die Akkumulationsstrategie und das Staatsprojekt der EU unter neoliberalen Vorzeichen

Mit dem Maastrichter Vertrag ist der ordo- und neoliberal geprägten Wirtschaftsverfassung der EU zum vollständigen Durchbruch verholfen worden. In der Folge wird mit ihr die soziale Auseinandersetzung um richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend stillgelegt: »Die Europäischen Verträge sind auf eine bestimmte, nämlich eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialordnung festgelegt, die im demokratischen Prozess nicht mehr zur Disposition steht.« (Fisahn 2017b, 24) War der wirtschaftsliberale Geist der Wirtschaftsverfassung zwar schon in den Verträgen der 50er Jahre angelegt, lässt sich das Grundmuster der Integrationsprozesse der 50er und 60er Jahre dennoch als eine »Integrationsweise« beschreiben, »die keynesianisch-korporatistischer Staatlichkeit« (Ziltener 1999, 113) entsprochen hätte (vgl. auch Karrass 2009, 232). Von einer Integrationsweise spricht Ziltener (1999, 81) dann, »[w]enn hinsichtlich der Form und Funktion europäischer Staatlichkeit über eine längere Zeit ein stabiles Grundmuster zu beobachten ist«. Eine solche Zuschreibung verweist auf jene Aspekte, die sich in einem

Staatsprojekt verdichten. Ziel der keynesianisch-korporatistischen Integrationsweise sei dabei die »Absicherung nationaler Entwicklungswege« (ebd., 122) gewesen, wobei »die europäischen Instanzen [...] den nationalen Entwicklungswegen [assistierten]. [...] Die europäische Ebene stärkte Staatlichkeit, sie stärkte den Nationalstaat, sie schwächte ihn nicht.« (Ebd., 124) In der EG herrschte eine (Quasi-)Hegemonie des Keynesianismus und Fordismus, verstanden

»als ein Akkumulationsregime, das auf der Basis eines eigenzentrierten Kreislaufes von Massenproduktion und Massenkonsumtion existierte und das durch eine Regulationsweise gesichert wurde, die im keynesianischen Wohlfahrts-National-Staat institutionell und praktisch verwirklicht worden war.« (Jessop 2001, 146)

Im Zuge der Krisen der 70er und zu Beginn der 80er Jahre und des Scheiterns des »ambitiöse[n] Versuch[s] einer ›Keynesianisierung‹ der EG« (Ziltener 1999, 117) – beispielsweise in Form des Werner-Plans – habe ein Umbau hin zur wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise begonnen (vgl. ebd., 132; 12). Im Schatten der Fordismus-Krise und der mit ihr verbunden Krise keynesianischer Erklärungsansätze (vgl. Horn 2016, 99f.) konnte sich in diesem Umbauprozess das neoliberale Hegemonieprojekt strategisch immer stärker durchsetzen (vgl. u.a. Nicoll 2012, 81 & Petzold 2018, 135; zur Bedeutung neoliberaler Netzwerke »allgemein« s.u.a. Plehwe & Bernhard 2006). Die Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« identifiziert insgesamt fünf solcher Hegemonieprojekte, verstanden als heuristische Idealtypen (vgl. Buckel 2011, 642), die Strategieansätze repräsentieren, »mit denen bestimmte Kräfte auf spezifische historische Situationen rekursiv [...] reagieren« (Buckel et al. 2014, 47) und dementsprechend in die konkreten gesellschaftlichen Prozesse und Kämpfe diskursiv intervenieren.

Tabelle 4: Fünf europäische Hegemonieprojekte

	Neoliberales Projekt	(National-) Konservatives Projekt	National-soziales Projekt	Proeuropäisch-soziales Projekt	Links-alternatives Projekt
Allgemeine (ökonomische) Problemperezeption	Offensichtliche Grenzen der keynesianisch dominierten Wirtschaftspolitik; neoklassische Sicht auf Wirtschaftsprozesse; Internationalisierung der Produktionsprozesse und Finanzialisierung als Ausweg aus der fordistischen Dauerkrise; Unflexible Arbeitsmärkte als Wachstumshemmnis	Abgrenzung vom Keynesianismus und der »goldenen Konstellation« des Fordismus; teilweise eine ähnliche Problemperezeption wie im neoliberalen Hegemonieprojekt mit Fokussierung auf national-agierende KMUs	Verteidigung des europäischen Sozialmodells und des nationalen Wohlfahrtsstaates; EU wird als grundlegend durch den Neoliberalismus strukturiert wahrgenommen und bietet deshalb wenig Raum für eine gesamteuropäische soziale Perspektive	Verteidigung des europäischen Sozialmodells; dem neoliberalen Globalisierungsprozess kann nur durch eine eigene EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik begegnet werden; Internationalisierung der Kapitalfraktionen erfordert die Internationalisierung der Arbeiter*innenbewegung	Gesellschaftliche Entwicklungen und Themen stehen im Fokus; alternativökonomische Ansätze zur Überwindung ökonomischer Krisen
Strategie und Ziele	Reformen im Sinne der Leitgedanken »Wettbewerbs- und »Vermarktlichung« (Wettbewerbsstaat); Stimulierung eines Diskurses über »Wettbewerbsfähigkeit«; weitere Internationalisierung von Kapital, Handel, Produktions- und Versorgungsketten sowie Arbeitskräftemobilität; EU als Durchsetzungsvehikel	Freie Wirtschaft; starker Staat und die »Nation« als zentrale Bezugsnormen; eher EU-skeptisch; Nationalstaat als Bezugsraum; Offenheit für »europäische Scale-Strategien« zur Erreichung von Zielen auf der nationalen Maßstabsebene	Wohlfahrtsstaatliche Strategie: sozialer Ausgleich und Umverteilung; Nationalstaat als Bezugsraum; Durchsetzung der Ziele erscheint nur auf nationaler Maßstabsebene möglich	Wohlfahrtsstaatliche Strategie: sozialer Ausgleich und Umverteilung; Stärkung sozialer Rechte auf EU-Ebene; Aufbau kooperativer Strukturen auf europäischer Maßstabsebene; Durchsetzung der wohlfahrtsstaatlichen Ziele erscheint nur auf europäischer Maßstabsebene möglich (»soziales Europa«)	»Strategie der Lebensweisen«; Träger des politischen Liberalismus; Kosmopolitismus; europäisch ausgerichtet

	Neoliberales Projekt	(National-) Konservatives Projekt	National-soziales Projekt	Proeuropäisch-soziales Projekt	Links-alternatives Projekt
Soziale Basis	Schlüsselsektoren des globalisierten, postfordistischen Akkumulationsregimes: Finanzindustrie, TNKs; privilegierte Arbeitnehmer*innen; Teile der Staatsbürokratie; Vermögensbesitzer*innen; europäische»innere Bourgeoisien«	Landwirtschaftliche Sektoren; kleine und mittelständische Unternehmer*innen, die lokal/national ausgerichtet sind; Teile der»autochthonen«Arbeiter*innenklasse und der von Deklassierung bedrohten unteren Mittelschicht; Staatsbürokratie in den repressiven Staatsapparaten	»Reste des hegemonialen Blocks der fordistischen Produktions- und Lebensweise«, insb. die»national«ausgerichtete Arbeiter*innenklasse; hierzu zählen u.a.: gewerkschaftlich-organisierte Kernebelegschaften, Facharbeiter*innen, öffentliche Angestellte und mittlerweile Prekarisierte	Wie im national-sozialen Projekt stützt sich das proeuropäisch-soziale Projekt auf gewerkschaftlich-organisierte Kernebelegschaften, Facharbeiter*innen, öffentliche Angestellte und aufgrund der ökonomischen Veränderungsprozesse heute zum Teil prekarisierten Arbeitnehmer*innen	Postnationale und postmaterialistische Milieus; links- und bildungsbürgerliche Schichten
Potenzielle Schwächen	Fraktionierung zwischen Finanz- und Industriekapital	Nationalstaatliche Fraktionierung	Spaltung in zwei soziale Hege-monieprojekte; Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse führt zur weiteren Erosion	Spaltung in zwei soziale Hege-monieprojekte; Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse führt zur weiteren Erosion	Starker Fokus auf gesellschafts-politische Themenbereiche; nur rudimentärer Akkumulationsansatz (zugleich eine Stärke im Sinne von potenzieller Anschlussfähigkeit zu anderen Projekten)

	Neoliberales Projekt	(National-) Konservatives Projekt	National-soziales Projekt	Proeuropäisch-soziales Projekt	Links-alternatives Projekt
Ressourcen	Finanzkräftig; Netzwerk neoklassisch dominierter Thinktanks; Lobbynetzwerke transnationaler Unternehmen; einflussreiche Presseorgane	Verankerung in den repräsentativen Staatsapparaten; Mobilisierungsfähigkeit konservativ-traditionalistischer Milieus; ökonomische Ressourcen der beteiligten Unternehmer*innen und (Groß-)Grundbesitzer*innen; konservativ verortetes Mediennetzwerk; Verknüpfungen zwischen konservativen Stiftungen und Thinktanks mit neoliberalen Akteuren*innen	Schwächung der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter*innenschaft führt insgesamt zu einer ressourcenlosen Schwächung: schwindende Mitgliedschaft und schwindende finanzielle Ressourcen	Schwächung der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter*innenschaft führt insgesamt zu einer ressourcenlosen Schwächung: schwindende Mitgliedschaft und schwindende finanzielle Ressourcen	»grüne« Kapitalfraktionen und Kreativindustrie; großes NGO-Netzwerk; breites publizistisches Netzwerk; finanzielle Ressourcen der hauptsächlich gut- und besserbedienten postmaterialistischen Milieus
Akteursbeispiele	ERT/AMEU; Business Europe; wirtschaftsliberale Parteien	Konservative Parteien oder Parteiflügel bis hin zu rechtspopulistischen Parteien und Verbänden; berufsständische Verbände	Gewerkschaften; Sozialverbände; Fraktionen innerhalb linker Parteien (Sozialdemokratie, Linksparteien), bis hinein in konservative Parteien (bspw. CDA)	Gewerkschaften; Sozialverbände; soziale Bewegungen; große Teile sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien	NGOs der Ökologie- und Klimabewegung; Frauen- und LGBTQ*-Bewegung; grüne Parteien, postmaterialistische Flügel linker Parteien und linke Flügel liberaler Parteien

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Arbeiten der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«: Buckel et al. (2014, 64–80); Buckel (2013, 22–29); Kannankulam & Georgi (2012, 41–54).

Mit den fünf beschriebenen Hegemonieprojekten wird der Anspruch verbunden, genuin europäische Kräfteverhältnisse abzubilden. Auch die mitgliedstaatlichen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe sind in diesem Sinne immer in unterschiedlicher Ausprägung auf sie bezogen. Allerdings muss auf Grundlage der Multiskalarität der EU-Staatlichkeit immer auch Beachtung finden, dass sich in den Mitgliedstaaten – als soziale Verhältnisse – eigene Hegemonie- und Kräfteverhältnisse verdichten, die zwar in einem direkten Bezug zu den europäischen Hegemonieprojekten stehen, sich aber von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterscheiden (können). Hierauf wurde bereits im Theorieteil dieser Arbeit mit Blick auf die »integrale EU-Staatlichkeit« Bezug genommen. Insgesamt ist daher notwendig, von einem Netzwerk von Kräfteverhältnissen auszugehen, das sich multiskalar materialisiert. In diesem Sinne sollten deshalb immer auch die mitgliedstaatlichen Herrschaftsblöcke als Erklärungsvariablen auf Ebene der EU-Staatlichkeit Berücksichtigung finden, besonders da sie über die Ratsstruktur direkt auf die Politikformulierung der EU Einfluss nehmen. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch im konkreten Ringen um die Ausgestaltung der politischen Projekte neoliberaler Strukturierung zwischen Deutschland und Frankreich, das sich aus den jeweiligen nationalen polit-ökonomischen Kräfteverhältnissen speiste. So ist der intergouvernemental ausgetragene Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich, der sich durch alle drei politischen Projekte neoliberaler Strukturierung durchgezogen hat, auf Grundlage der Verdichtung von Kräfteverhältnissen in den mitgliedstaatlichen Staatsapparaten zu verstehen. Die gesamteuropäischen Kräfteverhältnisse müssen entsprechend als jeweils historisches Kompositum sowohl der transnational-europäischen als auch der mitgliedstaatlichen Maßstabebene begriffen werden.

Die politischen Projekte des neoliberalen Hegemonieprojekts prägten den europäischen Integrationsprozess – wie gezeigt wurde – über viele Jahre maßgeblich, sodass es gar zum hegemonialen Projekt der europäischen Integration avancierte (vgl. u.a. Hooghe & Marks 2008a, 165; van Apeldoorn 2009, 22 oder Bieler & Morton 2001, 208f.). Zwischenzeitlicher Höhepunkt sei demnach die Verwirklichung des Binnenmarkt-Projektes gewesen, das regelrecht eine Euphorie ausgelöst habe (vgl. Bieling & Steinhilber 2000a, 15), und die Stellung des neoliberalen Projekts als hegemoniales Projekt eindrücklich veranschaulichte (vgl. auch Nachtwey 2017, 81f.). Alternative Hegemonieprojekte, insbesondere jene, die zur Zeit des Fordismus eine hegemoniale Stellung einnehmen konnten, erodierten in Folge der diskursiven Verschiebungen weiter oder wurden partiell (einzelne Akteur\*innen oder Fraktionen) in die hegemoniale Konstellation des Neoliberalismus eingebunden. Hegemoniefähigkeit drückt sich demnach darin aus, unterschiedliche Fraktionen eines beziehungsweise konkurrierender Hegemonieprojekte miteinander zu versöhnen, um in weite Bereiche der Gesellschaft konsensualisierend hineinwirken zu können. Exemplarisch lässt sich dies an der europäischen Sozialdemokratie illustrieren, die bis Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre hinein in ihrer Mehrheit einem proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt mit dem Ziel eines »regulierten Kapitalismus« (Hooghe & Marks 2008a, 164) anhing und bis dato eine Stütze der keynesianisch-korporatistischen Integrationsweise (vgl. Bihr 2012, 38) darstellte, in Folge der ökonomischen Umbrüche aber ebenfalls in weiten Teilen dem neoliberalen Diskurs verfiel. Dieses Einschwanken sozialdemokratischer Akteur\*innen auf einen neoliberalen Pfad zeigte sich unter anderem in den Verhandlungen um den

Amsterdamer Vertrag. So gelang es den sozialdemokratischen Parteien, die »in dreizehn von fünfzehn Staaten regierten [...], zwar formal die Kompetenzen der EU auf die Bereiche Beschäftigung, soziale Regulierung, Frauen- und Menschenrechte sowie auf die Umweltpolitik« zu erweitern, es wurde jedoch darauf verzichtet, »die EU mit Handlungsbefugnissen auszustatten, die über eine unverbindliche Koordinierung nationaler Politik hinausging.« (Hooghe & Marks 2008b, 199f.) Die Staatlichkeitsleitbilder der europäischen Sozialdemokratie, geprägt von den einsetzenden Diskussionen um »New Labour« und »Dritter-Weg«-Debatten, waren bereits durch den neoliberalen Diskurs um neue Steuerungsformen (bspw. normativ-geprägte Governance-Konzepte: »New Public Management«), den Niedergang des Keynesianismus und einer allgemeinen staatlichen Zurückhaltung zugunsten von Marktmechanismen geprägt.

Diese neoliberale Fokussierung setzte sich auch bei der Formulierung der sogenannten »Lissabon-Strategie« aus dem Jahre 2000 fort (vgl. u.a. Drahokoupil, van Apeldoorn & Horn 2009, 4). Auf der Regierungskonferenz von Lissabon stellten sozialdemokratische Parteien nach den vielen Wahlerfolgen in den 1990er Jahren weiterhin die Mehrzahl der mitgliedstaatlichen Vertreter\*innen.<sup>6</sup> Dennoch wurde mit der Lissabon-Strategie eine politische Agenda für die Europäische Union beschlossen, welche im Nachgang zu den politischen Projekten neoliberaler Restrukturierung den eingeschlagenen Weg fortschrieb und die Europäische Union »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt« (Europäischer Rat [ER] 2000) entwickeln sollte, wofür es durchaus auch Unterstützung aus Gewerkschaftskreisen gab (vgl. van Apeldoorn 2014, 194). Die Lissabon-Strategie stellte ein neuartiges Politikinstrument dar, welches im Zuge der Maastrichter Vertragsrevision von Anhänger\*innen weitreichender fiskalischer und sozialpolitischer Integrationsschritte gewünscht und schließlich durchgesetzt wurde (vgl. Hacker 2017, 19). Allein hieraus generierte sich bereits eine Art »instrumentelle« Unterstützung für die neue Strategie. Zugleich lassen sich aber auch auf inhaltlicher Ebene seit dem Binnenmarktprojekt Tendenzen identifizieren, die darauf hinweisen, dass Teile der Arbeitnehmer\*innen und ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretungen (insbesondere aus den exportorientierten Industriesektoren) ebenfalls stark in den neoliberalen Diskurs eingeschrieben sind (vgl. Bieling 2001b, 99 & Dusse 2019, 301). Weiterhin lässt sich generell die partielle Anschlussfähigkeit des proeuropäisch-sozialen an das neoliberale Hegemonieprojekt anführen, soweit forcierte Maßnahmen eine Stärkung europäischer Interventionsräume in der Sozialpolitik offerieren (vgl. van Apeldoorn 2009, 29). In diesem Sinne wies die Lissabon-Strategie in Ansätzen gar den Charakter eines Quasi-Klassenkompromisses auf. Allerdings konstatiert van Apeldoorn (2014, 194; Herv. J. G): »[A]lthough Lisbon and its hegemonic formula of competitiveness with social cohesion [...] initially had succeeded in bringing together both European transnational capital and organized labour, it was never a real class compromise.« An anderer Stelle konkretisiert er: »[...] at the heart of Lisbon we find an articulation of neoliberal competitiveness with concerns of the transnational social democratic

6 Die Dominanz sozialdemokratischer Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat nahm seitdem sukzessive ab. Die sozialdemokratische Vorherrschaft wich der Dominanz konservativer Politiker\*innen (vgl. Degryse, Jepsen & Pochet 2013, 14).



project in ways that effectively *subordinate the latter to the former*.« (van Apeldoorn 2009, 29; Herv. J. G.) Demnach gelang es mit der Lissabon-Strategie, eine Akkumulationsstrategie zu formulieren, in der sich abermals die Vormachtstellung des neoliberalen Hegemonieprojekts und seiner Konsensualisierungsfähigkeit zeigte.

Mit der Durchsetzung der drei politischen Projekte neoliberaler Restrukturierung, ihrer vertraglichen Absicherung sowie der zu Beginn des neuen Jahrtausends formulierten Akkumulationsstrategie gelang es den Akteur\*innen des neoliberalen Hegemonieprojekts somit zugleich die Staatlichkeit der EU maßgeblich im Sinne ihres Staatsprojekts zu gestalten beziehungsweise weiter umzugestalten. Dies äußert sich strukturell auch darin, dass sich »eine neue Hierarchie zwischen den unterschiedlichen Staatsapparaten und Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene und eine neue skalare Struktur« (Wissel 2017, 270) herausbildete. Zugleich hat sich diese Hierarchie »zuungunsten der Apparate verschoben, die mit den gesellschaftlichen Kompromissen des Fordismus verbunden waren (zum Beispiel Arbeits- und Sozialministerien).« (Wissel 2012, 10)

In diesen Verschiebungen drückt sich nicht zuletzt auch die inhaltliche Stoßrichtung des neoliberalen Hegemonieprojekts aus, indem der EU-Staatlichkeit ein Telos eingeschrieben wird, der auf einen weltmarktorientierten Akkumulationsansatz fokussiert, in dessen Zentrum die Doktrin der Wettbewerbsfähigkeit steht (Lissabon-Strategie) und sich regulatorisch im Leitbild der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise niederschlägt. Übersetzt in die EU-Vertragsverfassung bedeutet dies die Entkoppelung der Wirtschafts- von der Sozialverfassung und die Einschränkung diskretionärer Entscheidungsmöglichkeiten demokratischer Politik. Anders gesagt, bildet sich hier ein Staatsverständnis heraus, das auf der neoliberalen Sachzwangslogik (vgl. Karrass 2008; 2009) von Austerität und Wettbewerbsfähigkeit gründet und demnach auf einem Zurückdrängen staatlichen Interventionismus basiert.

Dieses der EU eingeschriebene Staatsprojekt konkurrierte dabei aber zugleich mit den unterschiedlichen mitgliedstaatlichen Staatsprojekten (vgl. Wissel 2012, 10). Zudem unterliege das Verhältnis der genuinen EU- und der mitgliedstaatlichen Apparate zueinander einem permanenten Aushandlungsprozess, »weil es noch keinen *stabilen hegemonialen Konsens* über die Hierarchie der räumlichen Bezugsebenen gibt.« (Ebd.) Im Vergleich zu den Regulationsmodi des fordistischen Nationalstaats zeige sich für die EU-Staatlichkeit und ihrem Staatsapparate-Ensemble insofern,

»dass noch kein europäisches Staatsprojekt existiert, das mit den tradierten nationalen Staatsprojekten vergleichbar wäre [...]. Das bedeutet, dass die Fähigkeit des europäischen Staatsapparate-Ensembles, gesellschaftliche Kohäsion herzustellen, nur schwach ausgeprägt ist« (Buckel 2013, 42; Herv. J. G.; vgl. Buckel 2017, 36).

Demnach könne die »organisatorische Kohärenz und Anordnung« bisher »weniger durch seine – selbst noch umkämpfte – formale Struktur sichergestellt werden«, als dass sie vielmehr das Ergebnis eines hegemonialen Projekts sei (Wissel 2010, 81). Insofern unterliegt die EU der Fragilität einer strukturellen Fluidität. Zwar habe ein Suchprozess nach einem umfassend kohärenzstiftenden Staatsprojekt für die Europäische Union eingesetzt, der bisher aber fragil erscheine und in Krisenzei-



ten mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sei, die gar ein Scheitern des Suchprozesses nicht ausschließen könne (vgl. Buckel 2013, 42).

Das hegemoniale Staatsprojekt am Vorabend der Euro-Krise ist in diesem Sinne als ein Projekt zur *Staatlichkeits-Genese* zu verstehen, welches »das Terrain und die Regeln der Auseinandersetzung sowie die institutionelle Struktur, in der die Auseinandersetzungen stattfinden, erst schaffen [muss].« (Wissel 2015, 28) Es ist nur im rudimentären Sinne als ein Projekt der *Staatlichkeits-Reproduktion* zu begreifen, das sich bereits vollumfänglich »auf die institutionelle Struktur und die Materialität der Apparate stützen« (ebd.) könnte. Die Übergänge zwischen beiden Modi sind allerdings fließend. Ist im Namen eines Staatsprojektes eine (wenn auch in Teilen fragile) Struktur entstanden, kann diese einhergehend mit der notwendigen zivilgesellschaftlichen Absicherung auch in Ansätzen die Staatlichkeitsreproduktion anleiten. Dies gelang dem neoliberalen Hegemonieprojekt bis zum Ausbruch der transatlantischen Finanzkrise 2007. Mit der einsetzenden diskursiven Infragestellung des Neoliberalismus und schließlich mit der sich in der Euro-Krise ausdrückenden Funktionskrise der neoliberalen EWWU wird die Fragilität des EU-Staatsprojektes allerdings deutlich hervortreten und den Kampf zwischen konkurrierenden Hegemonieprojekten in der EU neu entfachen.

